

Pressemitteilung

Bündnis im Forum Umwelt und Entwicklung – AG Wasser zum Weltwassertag am 22.03.2026:

Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung geschlechtergerecht umsetzen

Berlin, 19.03.2026 – Anlässlich des Internationalen Weltwassertags am 22. März 2026, der unter dem Motto „Water and Gender“ steht, fordert ein Bündnis aus Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen die Bundesregierung auf, Geschlechtergerechtigkeit systematisch und strukturell in der internationalen Wasser-, Klima- und Entwicklungspolitik zu verankern, Investitionen in Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung auszubauen und die Entstigmatisierung der Menstruation aktiv zu fördern. Nur wenn die Menschenrechte auf Wasser und sanitäre Grundversorgung umfassend verwirklicht werden, können Frauen und Mädchen weltweit gleichberechtigt teilhaben – und nachhaltige Entwicklung gelingen.

Die Dringlichkeit ist hoch: Fehlende Toiletten und Hygieneeinrichtungen führen in vielen Ländern dazu, dass Mädchen die Schule abbrechen, Frauen von Erwerbsarbeit ausgeschlossen bleiben und das Risiko sexualisierter Gewalt steigt. Ohne Wasser, Sanitäranlagen und sichere Hygiene endet Bildung für viele Mädchen mit Beginn der Menstruation. Zugleich verschärft die Klimakrise bestehende Ungleichheiten. Dürren und Überschwemmungen verstärken Wasserknappheit und Konflikte – mit gravierenden Folgen für Frauen. Hinzu kommt, dass Deutschland aufgrund seiner Lieferketten weiterhin stark von globalen Ressourcen abhängig ist und durch seinen hohen virtuellen Wasserverbrauch trägt es zudem vielfach zur Belastung lokaler Wasserressourcen in anderen Regionen bei.

Zugleich rückt das Thema international stärker in den Fokus: Die Vorbereitungskonferenz für die UN-Wasserkonferenz 2026 fand am 26. und 27. Januar 2026 in Dakar, Senegal, statt. Die UN-Wasserkonferenz selbst wird vom 2. bis 4. Dezember 2026 ausgerichtet. Fragen von „Water and Gender“ müssen dort eine zentrale Rolle spielen.

„Wasser ist ein Menschenrecht – aber ohne sichere Sanitärversorgung bleibt es unvollständig. Gerade für Frauen und Mädchen entscheidet der Zugang zu Toiletten, Hygiene und sauberem Wasser über Bildung, Gesundheit und Schutz vor Gewalt“, erklärt **Johanna Erdmann vom Berliner Wassertisch/ Blue Community Berlin**.

„Die Klimakrise verschärft Wasserknappheit – und trifft Frauen und Mädchen am härtesten. Wer ihre Rechte stärkt, stärkt nachhaltige Entwicklung und Frieden zugleich.“ **Nina Rothermel vom Weltfriedensdienst e.V.**

Jutta Himmelsbach, Misereor, die jüngst aus dem Südsudan zurückkehrte, betont: „Ohne Wasser, Duschen und sichere Toiletten können Mädchen nicht zur Schule gehen. Das bedeutet nicht nur Bildungsabbruch, sondern häufig Frühverheiratung und ein Leben ohne Perspektive.“ Ähnliche Herausforderungen zeigen sich auch in Senegal, wo Geschlechtergerechtigkeit und gerechte Wasserpolitik aktuell intensiv diskutiert werden.

Ulrike Dieterle, Naturfreunde verweist auf die internationale Verantwortung: „Als global tätige Umweltorganisation erleben wir in Projekten etwa in Togo oder Senegal, wie eng Umweltbildung, Geschlechtergerechtigkeit und Wasserfragen zusammenhängen. Das Thema ist bei uns fest verankert.“

„Staaten sind verpflichtet, das Menschenrecht auf Wasser auch außerhalb ihrer Grenzen gegenüber Wirtschaftsinteressen zu schützen. Die Bundesregierung gibt aber entgegen ihren eigenen Aussagen der Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen aus anderen Ländern oft Vorrang – zum Beispiel in der Außenwirtschaftsförderung. Insbesondere der Bergbau in Ländern ohne wirksame Regulierung verursacht oft Zerstörung und Verschmutzung von lebenswichtigen Wasserquellen für die örtliche Bevölkerung. Vor allem Frauen sind von den Folgen betroffen, da sie in der Regel für die Versorgung ihrer Familien zuständig sind“, fordert **Gertrud Falk von FIAN Deutschland**.

„Staudamm- und Wasserkraftprojekte verschärfen bestehende Ungleichheiten: Frauen und insbesondere indigene Frauen verlieren oft nicht nur Zugang zu Wasser und Lebensgrundlagen, sondern werden auch systematisch von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Eine gerechte

Wasser- und Energiepolitik muss ihre Rechte, ihr Wissen und ihre Perspektiven ins Zentrum stellen.“ erklärte **Dominique Eckstein von GegenStrömung**.

Michael Bender, Grüne Liga/ Stiftung Living Rivers erklärte: Flüsse sind natürliche Lebensadern und Quellen kultureller Identität, doch weltweit oft verschmutzt, begradigt und aufgestaut. Viele weltweite Staudamm- und Infrastrukturprojekte drohen die letzten ursprünglichen Wildflüsse zu zerstören. Doch es gibt auch Restaurationsprojekte, wie den Rückbau von 4 Staudämmen am Klamath River, die wir in unseren mit dem FUE gemeinsam veranstalteten Online-Seminaren vorstellen. Wir sollten uns von indigenen Völkern dazu inspirieren lassen, unsere Verbindung zu lebendigen Flüssen wiederherzustellen.“

Roland Brunner vom Netzwerk Blue Community kündigte an: „Zum Weltwassertag 2026 starten wir als Blue Community Network eine weltweite Kampagne, um die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung in den Verfassungen aller Staaten zu verankern. Eine verfassungsrechtliche Anerkennung schafft die Grundlage, Verletzungen gerichtlich anzufechten, und stärkt die Wasserpolitik dauerhaft über einfache Gesetzgebung hinaus. Wo diese Rechte bereits in der Verfassung stehen, setzen wir uns für verbindliche Ausführungsbestimmungen und wirksame Kontrollmechanismen ein. Die Kampagne läuft bis zur UN-Wasserkonferenz vom 2. bis 4. Dezember 2026 und zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember. Im Juni wird zudem unsere Botschafterin Erin O'Donnell, Professorin an der Melbourne Law School, in Europa für lebendige Flüsse und die Rechte indigener Gemeinschaften werben. Wir laden Institutionen und Organisationen ein, sich anzuschließen und diese Plattform zu nutzen.“

Durmuş Ünlü, Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft ergänzt mit Blick auf die Situation in Deutschland: „Die kommunale Daseinsvorsorge trägt hierzulande die Umsetzung der Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung. Sie verpflichtet zu einer flächendeckenden, bezahlbaren und diskriminierungsfreien Versorgung. Geschlechtergerechtigkeit ist dabei kein Zusatz, sondern Voraussetzung einer menschenrechtsbasierten Wasser- und Abwasserwirtschaft.“

Das Bündnis im Forum Umwelt und Entwicklung – AG Wasser unterstützt daher die Kampagne und Aktionen vom Netzwerk Blue Community und ruft zu vielfältigen Aktivitäten rund um den 22. März auf. Ziel ist es, die enge Verbindung von Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik deutlich zu machen: Der Schutz von Wasserressourcen, die Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge und die konsequente Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Pressekontakte:

Fachliche Nachfragen

Durmuş Ünlü | Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft | Koordinator AG-Wasser
Tel: +49 (0)30 39 74 36 06
uenlue@aoew.de

Johanna Erdmann, Berliner Wassertisch/ Blue Community Berlin, johanna.erdmann@gmx.de

Jutta Himmelsbach, Misereor, jutta.himmelsbach@misereor.de

Ulrike Dieterle, Naturfreunde, ulrike.dieterle@naturfreunde-baden.de

Gertrud Falk, FIAN Deutschland, g.falk@fian.de

Dominique Eckstein, GegenStrömung, dominique.eckstein@gegenstroemung.org

Michael Bender, Grüne Liga/ Stiftung Living Rivers, wasser@grueneliga.de

Roland Brunner, Blue Community Network, rbr@blue-community.net

Nina Rothermel, Weltfriedendienst e.V., rothermel@wfd.de.net